

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

19.4.1928 (No. 92)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
G. K. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Aussichts-Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das Notprogramm für die Landwirtschaft

Die Länder gegen den Reichsernährungsminister

Der Reichsrat hat am Mittwoch in einer Sitzung, in der die Richtlinien des Reichsernährungsministeriums für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms besprochen, entsprechend dem Antrag seiner Ausschüsse die vom Ministerium vorgeschlagene Bildung einer zentralen Gesellschaft zur Förderung der Vieh- und Fleischabgabe abgelehnt und dafür beschlossen, die Verwendung der Fonds zur Förderung des Vieh- und Fleischabgabes einem besonderen Länderausschuß zu übertragen.

Es handelte sich um zwei Vorlagen des Ernährungsministeriums: Richtlinien für die Verwendung des Fonds von 8 Millionen und der Garantie von 22 Millionen zur Förderung des Vieh- und Fleischabgabes, ferner Richtlinien für die Verwendung des Fonds von 30 Millionen, der zur Förderung des Absatzes von Milch und Molkereiprodukten, Obst und Gemüse, Kartoffeln usw. bestimmt ist. Die Mittel zur Förderung des Absatzes von Vieh und Fleisch sollten nach dem Vorschlag des Ministeriums einer zentralen G. m. b. H. übertragen werden, der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Absatzes von Schlachtwiech und Fleisch G. m. b. H. In dieser Gesellschaft soll im Verwaltungsrat die agrarische Produzentengruppe neun Mitglieder, die Gruppe der Händler und Konsumenten acht Mitglieder besitzen.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben einstimmig die Auffassung vertreten, daß zwar zur erfolgreichen Durchführung der Aktion eine zentrale Leitung notwendig sei, daß aber die Länder bei der Verteilung der Mittel, die doch Steuergebühren seien, nicht ausgeschaltet werden dürften. Die große Mehrheit der Länder hat die Übertragung der Aufgaben, die sich aus dem Fonds zur Förderung des Vieh- und Fleischabgabes ergeben, an eine private Gesellschaft abgelehnt, weil sie glaube, daß eine private Gesellschaft nicht in der Lage sei, den ausfallenden Einfluß des öffentlichen Interesses zu sichern. Die Ausschüsse haben daher vorgeschlagen, die Verwendung der Mittel einem Länderausschuß zu übertragen, der gemeinschaftlich mit dem Reichsernährungsminister über die Verteilung der Mittel zur Förderung des Vieh- und Fleischabgabes bestimmen und entscheiden soll, für welche Darlehen Garantien übernommen werden können. Die Einsetzung eines solchen Länderausschußes wurde zwischen den Ländern und der Reichsregierung vereinbart. In dem Ausschuß sollen je ein Vertreter der Länder Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, ferner einer für Baden und Hessen, einer für Thüringen, Braunschweig und Anhalt, einer für Hamburg, Bremen und Lübeck und einer für die beiden Mecklenburg und die beiden Lipps Sitze und Stimme haben. Der Länderausschuß soll auch mitwirken bei der Durchführung der im zweiten Teil der Vorlage enthaltenen Maßnahmen für die anderen Teile der Landwirtschaft.

Die Richtlinien als solche wurden einstimmig nach den Vorschlägen der Ausschüsse angenommen mit 46 gegen 21 Stimmen, gegen den Widerspruch der Reichsregierung ein preussischer Antrag angenommen, wonach von den 30 Millionen zur Förderung des Vieh- und Fleischabgabes 5 Millionen abgezweigt und nach dem Verhältnis der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf die Länder verteilt werden sollen zur Förderung besonderer landwirtschaftlicher Notfälle.

Auch der obgedachte Ausschuß, den der Reichstag zur Überwachung der Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms eingesetzt hatte, trat am Mittwoch zusammen, um die Richtlinien zu beraten.

Reichsernährungsminister Schiele gab einen Bericht über die Reichsratsbeschlüsse. Er sei bereit, den von den Ländern gewünschten Weg mitzugehen. Dieser Weg schließt nicht aus, daß das ursprünglich vorgesehene Gremium von Sachverständigen von mir trotzdem unter allen Umständen zur Beschaffung von Entschlüssen für einzelne Fälle berufen wird, und ich spreche offen aus, daß ich mich für verpflichtete halte, die Sachverständigen ungefähr in der Zusammenfassung, wie sie in der Gesellschaft beabsichtigt war, zu der Beratung über die Verteilung der Mittel heranzuziehen.

Der Ausschuß setzte heute, Donnerstag, die Aussprache fort. Er beschloß zunächst, die Fragen des Fleisch- und Vieh- abgabes und des Absatzes der sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erledigen.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes

Zu dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes, das vom Reichsinnenminister bei den Ländern verlangt wird, wollen die Kommunisten heute Donnerstagabend im Lustgarten zu Berlin eine Massenkundgebung veranstalten. Von den Ländern wollen außer Baden auch Preußen, Hessen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg und Bremen ein solches Verbot erlassen und den Staatsgerichtshof anrufen.

Die Aufforderung ist vom Reichsinnenminister allein, nicht auf Beschluß des Reichskabinetts erlassen worden. Der Reichsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft ist zum nächsten Dienstag, den 24. April, einberufen worden, um zu der Aufforderung des Reichsinnenministers Stellung zu nehmen.

Ende der Königsberger Buchdruckerbewegung. Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern im Königsberger Buchdruckerberuf ist eine Einigung zustande gekommen. Die Arbeit wurde am Donnerstag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten

Sitzung des Reichskabinetts

WTB. Berlin, 19. April. (Privatinformation). (Tel.) Wie in politischen Kreisen verlautet, ist das Reichskabinett heute mittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der Führer der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen über seine Wiener Besprechungen mit dem polnischen Delegationsvorsitzenden von Ewardowski berichtete. Außerdem beschäftigte sich das Kabinett mit der Kellogg-Note zur Antikriegsfrage. Reichsminister Dr. Stresemann berichtete über die dem Auswärtigen Amt überreichten Dokumente und das Ergebnis ihrer Prüfung. In politischen Kreisen nimmt man an, daß eine Entscheidung heute nicht getroffen wird, schon deshalb nicht, weil Reichskanzler Dr. Marx augenblicklich von Berlin abwesend ist.

Japan und die Kämpfe in China

WTB. London, 19. April (Tel.) Während nach den bisher vorliegenden Meldungen die maßgebenden japanischen Stellen beschlossen hatten, gegenüber den Vorgängen in China vorläufig noch eine rein abwartende Haltung einzunehmen, kommt jetzt aus Tokio die Nachricht, daß sich das japanische Kabinett angeht die durch den nationalistischen Vormarsch nach Norden gegebenen Lage entschlossen hat, zum Schutze des Lebens und Eigentums der japanischen Staatsangehörigen eine in Kumamoto bereitgestellte Brigade mit einer Panzerabteilung und Telegraphentruppen nach China einzuschiffen, wo sie in Tsingtau landen werden. Von Tsingtau aus werden 3 Kompanien japanischer Truppen nach Tsingtau geschickt.

Die angeblichen Zwischenfälle in Stolp

WTB. Stolp, 19. April. (Tel.) Der Magistrat von Stolp stellt gegenüber Behauptungen eines Berliner Maties fest, daß weder General Noblie noch andere Herren seiner Begleitung in Stolp beschäftigt worden sind. Allerdings hat am Tage vor dem Eintreffen General Noblies ein Herr aus Stolp in einem Hotel eine unfreundliche Bemerkung gemacht. Der Oberbürgermeister hat dem italienischen Obersten hier sein Bedauern ausgesprochen. Hinsichtlich der Einladungen zu dem von der Stadt gegebenen Essen sei der Rat der italienischen Vorkämpfer eingeholt worden. Außer General Noblie und zwei Herren von der Vorkämpfer seien zunächst insgesamt 10 italienische Herren eingeladen worden, nach Eintreffen der „Italia“ seien die Einladungen auf 17 erweitert worden. Die Behauptung, daß es sich um eine Intervention handle, um den Magistrat zu den notwendigen Einladungen, außer der an General Noblie, zu veranlassen, sei deshalb unrichtig.

Rückkehr Lord Birkenheads nach London

WTB. London, 19. April. (Tel.) Lord Birkenhead und die anderen Mitglieder des „Briganden“ genannten Hochflusses sind gestern abend nach London zurückgekehrt. Einer der Teilnehmer äußerte sich in einem Presseinterview, er habe in Deutschland den allgemeinen Wunsch wahrgenommen, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, und die Toten begraben zu lassen. Das sozialistische Unterhausmitglied Thomas Johnson wird am nächsten Montag eine Anfrage an den Staatssekretär des Äußeren richten, ob Lord Birkenhead bei seinem Berliner Besuch von der britischen Regierung mit einer offiziellen Mission betraut wurde.

Bersikh-englische Reibungen

WTB. London, 19. April (Tel.) Aus Bakra wird gemeldet, daß der persische Finanzminister die Hafensicherheiten der Zentralregierung aufgefordert hat, ihre Beamten aus Abadan, wo sie auf dem persischen Ufer des Schatt el Arab residieren, zurückzuziehen und daß er weiter das Recht der britischen Regierung bestreite, ohne Erlaubnis Persiens Kriegsschiffe bei Abadan Anker werfen zu lassen. „Times“ erblickt darin eine bedenkliche Zuspitzung der Beziehungen zwischen Persien und England.

Besatzungsbehörde und Frankfurter Eingemeindung. Von zuständiger deutscher Stelle in Koblenz wird mitgeteilt: Die Interalliierte Rheinlandskommission hat auf Antrag des Reichskommissars für die besetzten Gebiete ihren vorläufigen Einspruch gegen das Frankfurter Eingemeindungsgezet zurückgezogen und ausdrücklich bestimmt, daß das Gesetz auch im besetzten Gebiet mit Wirkung vom 1. April 1928 angewandt werden kann.

Wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten verurteilt das Schöffengericht Berlin-Mitte den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“, Erich Metzger, zu 1000 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Dem Verfahren lag ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ zugrunde, der sich mit den Maßnahmen des preussischen Ministerpräsidenten im Flaggensstreit mit den Berliner Hotels befaßte.

3735 Kandidaten für die französischen Wahlen. Für die Wahlen am nächsten Sonntag sind für Frankreich und Kolonien endgültig insgesamt 3735 Kandidaten eingeschrieben worden.

Reichskanzler a. D. Dr. Luther über „Wirtschafts- und Reichsreform“

Der Badische Grundbesitzerverband hatte den früheren Reichskanzler Dr. Luther für Mittwoch nachmittag zu einem Vortrage im Saale des Künstlerhauses zu Karlsruhe eingeladen. Anwesend waren Vertreter aller Kreise der Wirtschaft unseres Landes, der öffentlichen Körperschaften und Korporationen, sowie zahlreiche Abgeordnete aller Parteien. Auch Finanzminister Dr. Schmitt und Landtagspräsident Dr. Baumgartner hatten sich eingefunden. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Dr. Graf Douglas, nahm Reichskanzler a. D. Dr. Luther das Wort zu zweifelhigen Ausführungen über das Thema „Wirtschaft und Reichsreform“.

Dr. Luther bezeichnete in seinen Ausführungen die wirtschaftliche Lage als durchaus ungünstig. Die vier Milliarden der gegenwärtigen Belastung (durch die Darlehenszahlungen) merken wir nicht, da wir Auslandsdarlehen in ganz regelmäßiger Weise beziehen. Auch die Zinsen für diese Darlehen werden immer wieder geborgt und vom Auslande anstandslos gegeben. Daher laufen wir in eine unabsehbare Gefahr hinein, wenn wir uns nicht energisch gegen diesen Lauf der Dinge wenden. Um vier Milliarden mehr am Ausland verdienen zu können, müssen wir mindestens fünf Milliarden mehr importieren. Im letzten Jahre wurde unsere Ausfuhr, die insgesamt zehn Milliarden beträgt, um eine Milliarde vermehrt, aber die Einfuhr pagte sich dieser Bewegung nicht in entsprechendem Maße an. Ungerechtfertigt ist jede Verwendung von Auslandsgeld, die nicht der Produktion dient. Falsch ist, daß wir für 1 1/2 Milliarden Lebensmittel importieren, die wir im Inlande erzeugen können. Manche Waren, wie Südfrüchte, könnten zum Teil wenigstens durch Inlandsbezeugnisse (Deutsches Obst) ersetzt werden. Wenn es uns gelänge, die genannten 1 1/2 Milliarden Import auszufüllen und uns aus eigener Kraft zu erhalten, wären wir einer Besserung der Verhältnisse schon wesentlich näher. Dazu müßte eine bedeutende Produktionssteigerung einsetzen.

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete der Redner die Ausbildung vieler Landwirte noch als mangelhaft und bemerkte, die Sozialpolitik, so großer Sorgfalt sie auch bedarf, dürfe keineswegs den Arbeitswillen lähmen. Dann kam der Redner auf die Struktur des Staates zu sprechen und gab der Ansicht Ausdruck, daß erhebliche Ersparnisse bei öffentlichen Aufwendungen des Staates gemacht werden könnten. Weniger bedeutend seien die Ersparnisse durch Abschaffung der Länderparlamente usw. Unsere Verwaltungen seien zu teuer. Schließlich sprach noch Dr. Luther über die Vornachstellung Preußens im Reich und bezeichnete ein Großpreußen für die größte Gefahr, die uns drohen könne. Das Problem werde durch die Frage der preussischen Flurbereinigung bedeutend verschärft, die Baden mehr angehe, als gemeinhin vermutet würde. — Die Ausführungen Dr. Luthers wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Nach einer kurzen Pause eröffnete Landtagspräsident Dr. Baumgartner die Aussprache. Er führte u. a. aus, wie die Wirtschaft klage mit Recht über das Durcheinandergelassen und Übersteigen der Kompetenzen. Dies erschwere die Arbeit und erhöhe den Kostenaufwand, der sich zwar nicht etatmäßig, aber doch volkswirtschaftlich auswirke. Er wolle aber vor der Annahme warnen, als ob eine Beseitigung der Länderverregierungen und Parlamente eine wesentliche Kostenersparnis brächte. Was bedeuten 12—15 Millionen bei einem Reichsetat von 9,5 Milliarden. Wir wollen eine Ersparnis, die sich in der gesamten Volkswirtschaft fühlbar macht. Darum dränge er, der Redner, seit langem zu einer völligen Klarstellung und Abgrenzung der Kompetenzen aller Verwaltungsorgane von unten bis oben. Manche Aufgaben könnten an die unteren Organe der Selbstverwaltung abgegeben werden. Der Staat brauche nicht in allem der Vor mund zu sein. Möglichst viele Staatsbürger sollen an der Verantwortung tragen. Auch er sei für die Erhaltung der Länder, soweit sie ihre Eigenstaatlichkeit aufrecht zu erhalten vermögen, aber auch für eine Flurbereinigung der Entlasten. Behren müsse man sich gegen die Zentralisierung in einzelnen Stellen in Berlin als Reichsgewalt. Das Kernproblem liege darin, daß Preußen seine Provinzen allmählich zur entsprechenden Höhe der Länder führt. Dann könnte der große Rahmen des preussischen Staates wegfallen.

Der Präsident der Handelskammer Mannheim, Lenel, betonte, daß die deutsche Wirtschaft noch einige Zeit die Auslandsanleihen in Anspruch nehmen müsse, um ihr das nötige Blut zuzuführen. Im übrigen hat er Dr. Luther, die von ihm gekennzeichneten Bestrebungen fortzusetzen.

Direktor Dr. Engelsberg behandelte spezielle Fragen der Landwirtschaft, Landtagsabgeordneter Dr. Maties streifte das Problem der Reichsreform und des Lastenausgleiches, sowie das europäische Verschuldungsproblem. In seinem Schlußwort beantwortete Dr. Luther kurz die aufgeworfenen Fragen. Er verwies auf den Wettbewerb zwischen einzelnen Verwaltungsorganismen und schälte als wichtigste Aufgabe nochmals eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten heraus, wobei er die Bedeutung der Selbstverwaltungskörper mit Nachdruck unterstrich. Dr. Luther bemerkte schließlich, daß eine Verschlagung Preußens nicht in seinem Sinne liegen würde. Mit herzlichen Dankesworten an den Redner schloß Dr. Graf Douglas die interessante und anregend verlaufene Versammlung.

Ein russischer Monarchist zum Tode verurteilt. Das Gericht in Winsk verurteilte den geschwätzig nach der Sowjetunion gekommenen Monarchisten Michailow wegen Spionage und gegenrevolutionärer Tätigkeit zum Tode. Seine beiden Gefährten wurden zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

5/2 Milliarden Mark Steuereingänge

In der Zeit vom 1. April 1927 bis Ende März 1928, also in den 12 Monaten des Rechnungsjahres 1927, sind im Reich an Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt 8490,4 Mill. Reichsmark aufkommen, und zwar an Besitz- und Verkehrssteuern 5549,6 und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 2940,8 Mill. Reichsmark. Dieses Aufkommen stellt zugleich ungefähr das endgültige Aufkommen im ganzen Rechnungsjahr 1927 dar; es wird durch Zu- oder Abgehen von Beträgen, die noch nicht verrechnet werden konnten, voraussichtlich nur noch unerhebliche Änderungen erfahren. Das Haushaltslohn von 8460,5 Mill. Reichsmark ist hiernach um 29,9 Mill. Reichsmark überschritten.

Gegenüber dem Haushaltslohn sind an Besitz- und Verkehrssteuern 2,4 Mill. Reichsmark weniger, an Zöllen und Verbrauchsabgaben 32,3 Mill. Reichsmark mehr aufkommen. Nennenswerte Mehreinnahmen sind zu verzeichnen bei der Einkommensteuer (+9,3), Körperschaftsteuer (+22,9), Tabaksteuer (+13,9) und dem Spirituosenmonopol (+19); Mindereinnahmen dagegen bei Vermögenssteuer (-10,1), Umsatzsteuer (-12,4), Vorbenutzungssteuer (-7,3), Kennwertsteuer (-6,4), Lotteriesteuer (-4,3) und bei den Zöllen (-4,1). Aus dem Mehraufkommen erhalten die Länder an Mehraufweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer 24,2, aus der Grunderwerb- und Kraftfahrzeugsteuer 1,1, zusammen 25,3 Mill. Reichsmark. Infolge Mindereinnahmen sind an die Länder weniger zu überweisen aus der Umsatzsteuer 3,7 Mill. Reichsmark, aus der Kennwertsteuer 6,10 Mill. Reichsmark, zusammen 9,8 Mill. Reichsmark. Nach Abzug der Mindereinnahmen sind hiernach an die Länder gegenüber dem Haushaltslohn mehr zu überweisen 15,5 Mill. Reichsmark. Von dem Mehraufkommen von 29,9 Mill. Reichsmark verbleiben somit dem Reich 14,4 Mill. Reichsmark.

Der deutsche Industrie- und Handelstag

Die Versammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, die, wie schon gemeldet, bei außergewöhnlich starker Beteiligung am Mittwoch im Reichstag zu Berlin stattfand, nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich inhaltlich etwa mit den Gedanken eines Referats des geschäftsführenden Präsidialmitglieds, Reichsminister a. D. Dr. Gamm, deckt. Es heißt darin u. a.:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist davon durchdrungen, daß die Pflege und Stärkung der deutschen Volkswirtschaft gegenwärtig mehr als je nicht um des privaten Nutzens des einzelnen Wirtschafters willen, sondern zur Wiederherstellung und Sicherung von Volkswohlfahrt und Volksglück von den höchsten Interessen der Nation geboten ist.“

Von dem in der Wirtschaft stehenden verlangt diese Lage, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen auf den Zweck der Verbesserung und Verbilligung der Produktion und der Steigerung des Absatzes einzustellen, Kapitalaufwendungen wie Kreditbeanspruchungen streng auf ihren wirtschaftlichen Ertrag zu prüfen, Wertarbeit, insbesondere zur Steigerung der deutschen Ausfuhr, zu pflegen. Sie verlangt weiter tätige Mithilfe an den Bemühungen, planmäßig die Erzeugung der Landwirtschaft zu steigern.

Auf Seiten der Staatspolitik erfordert die volkswirtschaftliche Lage das praktische Bekenntnis zur Privatwirtschaftsordnung und damit den Verzicht auf nicht zwingend notwendige Eingriffe in die wirtschaftliche Tätigkeit; daneben Schutz gegen Auswüchse des Wettbewerbes, entschlossene Angriffnahme einer den neuen Verhältnissen auch der Volkswirtschaft entsprechenden Staatsreform unter dem Zeichen der Stärkung der politischen Reichsgewalt einerseits, lebendiger dezentraler Selbstverwaltung andererseits. In der Finanzsicherung und Steuerung der Wirtschaft wird die Selbstverantwortung zu stärken, volkswirtschaftlich schädlichen Einseitigkeiten der Belastung, namentlich im Gewerbe, entgegenzuwirken, der Notwendigkeit der Kreditbeschaffung Rechnung zu tragen und grundsätzliche Rechtmäßigkeit für die wichtigsten Steuerarten zu sichern sein.“

Der Bahzwang im besetzten Gebiet. Die „Post. Bzg.“ meldet: Die Reichsregierung hat den Reichskommissar für die besetzten Gebiete beauftragt, in Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden einzutreten, um den Bahzwang im besetzten Gebiet zu beseitigen.

Ein Dementi. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich mit der sozialdemokratischen Partei. In diesem Zusammenhang stellte er die Behauptung auf, das Auswärtige Amt spreche das sozialistische Zentralorgan „Der Volksstaat“ aus einem Geheimfond. Wie die „Tägliche Rundschau“ dazu erfährt, trifft diese Behauptung in keiner Weise zu.

Badisches Landestheater

„Regina del Lago“ von Julius Weismann

Aufführung am 18. April 1928

Regina del Lago — sonst eine nachgelassene Novelle des Frühverstorbenen, feinsinnigen Poeten Walter Calé — ist jetzt für die Opernbühne bearbeitet worden. Erica Staber hat für den bekannten badischen Komponisten Julius Weismann, der schon in seinem Liebesdrama wiederholt auf Verlehen jenes geheimnisvollen Mythenzirkels zurückgriff, unter Zuhilfenahme weiterer ausgewählter Lyrik ein Textbuch gefasst, das im Vorspiel und den folgenden sechs Akten stark an die traumhafte Phantastik und an den Märchencharakter erinnert, wie sie Weismann gleichfalls in früheren Werken bevorzugte. Nach dem jedoch weder Strindberg, „Schwanenweiß“ noch Büchners „Leonce und Lena“ — bis heute die beiden für Weismanns Eigenart ausschlagreichsten Opernwerke — vollkommen überzeugten, muß nunmehr die Frage nach der Berechtigung solcher Pseudofiguren auf dem Schachbrett der Bühne um so eindringlicher gestellt werden; denn um einen wirklichen Handlungsablauf, den man bis jetzt immer noch für die unentbehrliche Effizienz eines brauchbaren Librettos hielt, kümmert sich Weismann überhaupt nicht mehr. Statt nach außen ins sichtbar Heile sich zu projizieren, kehrt sich hier alles Geschehen symbolisch und dunkel nach innen, ein dramatisches Begebnis kann nicht einmal sterben, da es von vornherein nirgends existiert in dieser müden Szenenfolge, an der kaum ein Bild wirklich festsetzt, kaum eine Gestalt greifbar lebt. Es schwächt zudem die Bühnenposition des neuen Werkes, daß das ohnehin erlahmende Interesse auch nicht durch große musikalische Steigerungen von Zeit zu Zeit wachgerüttelt wird. Weismann, von Natur kein Dramatiker, sondern Lyriker, versucht demgemäß seine Musik nicht auf das lyrische Stimmungsvolle zu konzentrieren, gerät aber gerade dadurch vielfach in die Gefahr stilistischer Unklarheit, ohne je den Stimmungsgang einer Szene voll auszusprechen oder den Seelenzustand einer handelnden Person orchestrale besonders zu charakterisieren.

Will man zum symbolischen Kern der empfindsamen Novelle, deren heillose Überromantik eine auffällige Ähnlichkeit mit Wagner's „Rosa vom Liebesgarten“ aufweist, einiges sagen, so scheint der tragische Grundgedanke, daß wir nur leben um zu leiden, das alte Motiv der geheimnisvollen Anziehungskraft des Wassers mitzubewenden. Im Schlußbild wenig-

Der deutsche Ozeanflug

Der Weiterflug der „Bremen“ geplant

Die Nachricht, daß auch Kohl und v. Günefeld Greenly Island verlassen hätten, hat sich als unzutreffend erwiesen. Dagegen ist der dritte Teilnehmer an dem deutschen Ozeanflug, der irische Major Fitzmaurice, auf einem kanadischen Flugzeug in Murrah Bay (etwa 200 Kilometer nördlich Quebec) eingetroffen. Er will Ersatzteile für die „Bremen“ herbeischaffen und hofft, dadurch den Weiterflug der „Bremen“ nach New York zu ermöglichen. Er will mit Kohl und Günefeld nach New York fliegen. Der Propeller des Junkersflugzeuges „F 13“ wurde abmontiert und mit der Bahn nach Murrah-Bay gefandt.

Fitzmaurice erklärte, daß die Befahrung der „Bremen“ den Transoceanflug erst mit der Erreichung New Yorks als abgeschlossen betrachte. Vorräthlich brauche er noch zwei bis drei Tage, bis er mit den Ersatzteilen nach Greenly Island zurückgekehrt sei. Dies sei hauptsächlich vom Weiterflug abhängig. Weitere zwei bis drei Tage dürften dann noch nötig sein, bis die „Bremen“ zum Flug nach New York bereit sei. Trotz der bekannten Beschädigungen besteht nach Ansicht von Fitzmaurice kein Grund dafür, daß das Flugzeug nach der Fertigstellung der Reparaturen nicht den Flug nach New York unternehmen sollte. Der Abflug von der Insel werde keinerlei Schwierigkeiten bereiten, da das Eis 10 Fuß dick sei. Die von Greenly Island abgegangenen Telegramme waren zum Teil verstimmt, zum Teil aber auch gar nicht in New York eingetroffen.

Fitzmaurice über den Flug der „Bremen“

W.D. Aches, 18. April. (Tel.) Der Sonderberichterstatter der „Canadian Post“, der Fitzmaurice interviewt hat, hat über diese Unternehmung folgenden Bericht telegraphiert: Fitzmaurice erzählte:

Das Flugzeug „Bremen“ bewährte sich glänzend und die Befahrung gab sich während des Anfangsstadiums des Fluges der festen Hoffnung hin, New York in der vorgesehenen Zeit zu erreichen. Die Winde waren anfangs günstig und es wurde eine gute Geschwindigkeit erzielt. Als wir aber etwa 900 Meilen von Newfoundland entfernt waren, verschlechterten sich die Verhältnisse, während die Dunkelheit hereinbrach. Wir gerieten in einen Schneesturm, der das Flugzeug hin und her peitschte. Die „Bremen“ wurde von einem heftigen Gegenwind geschüttelt, so daß es schwierig war, vorwärts zu kommen. Dann wurde sie wieder von einem Rückenwind in eine drehende Bewegung versetzt und die Flieger lernten einen der Gründe kennen, aus denen von ihren Vorgängern bei der Überquerung des Atlantischen Ozeans von Osten nach Westen niemals wieder etwas gehört wurde. Der Sturm wurde immer schlimmer und nahm schließlich eine Gestalt an, auf die man sich niemals gefaßt gemacht hätte. Vier Stunden hindurch glaubten die Flieger, daß ihre letzte Minute gekommen sei. In diesem fürchterlichen Kampfe blieb jedoch die „Bremen“ Sieger, wenn ihre Geschwindigkeit auch sehr gering war.

Die weitere Schilderung, die Fitzmaurice von den Schwierigkeiten gab, die die Flieger infolge des Versagens der Brennstoffe durchzumachen hatten, deckt sich im wesentlichen mit der bekannten Darstellung von Günefeld. Fitzmaurice erklärte noch u. a., die Flieger hätten ungefähr gewußt, wo sie sich befanden, als sie sich zur Landung auf Greenly Island entschlossen.

Aufwertungsverlangen des früheren bayerischen Königshauses

Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurde von sozialdemokratischer Seite die Frage an die Regierung gerichtet, ob noch eine Nachtragsforderung zu erwarten sei, weil das ehemalige Königshaus eine Aufwertung der seinerzeit erhaltenen Abfindungssumme von 40 Millionen verlange, und eine weitere Abfindung von 20 Millionen für Überlassung von Mobiliargegenständen.

Finanzminister Dr. Schmelske erklärte dazu, das ehemalige Königshaus hat ein Schiedsgericht in dieser Angelegenheit angetragen. Das Gericht sei bereits zusammengeführt worden. Die Regierung sei aber nicht unterrichtet, welche Forderungen das Haus Wittelsbach stelle. Sie halte an dem bisherigen Standpunkt fest, daß nach dem Vertrag eine weitere Leistung des bayerischen Staates an das ehemalige Königshaus nicht in Frage kommen könne. Es sei keinesfalls damit zu rechnen, daß der bayerische Staat in diesem Schiedsgerichtsverfahren unterliege. Irrendwelse direkten Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und dem ehemaligen Königshaus in der angebotenen Richtung hätten nicht stattgefunden.

Stens wird die Königin vom See in den Fluten mit jenem hellglänzenden Ritter vermählt, der, umgeben von schwarzen Kavaliern, unmittelbar nach dem Tode des Vaters bei ihr Einlaß begehrte und ihr zum nächsten Hochzeitsfest ein schwarzes Schloß baute. In diesem Balthasar, der sich Baummeister nennt, hat man überdies wohl einen Teil jener Schicksalsmächte zu sehen, die in der wehen Seligkeit der Todeswonne die Seele vom stäubigen Erdenbewand erlöst, die halb unerbittlich, halb freundlich mit fähler Hand rote Herzen pflicht, auch wenn sie noch in jugendlichem Aberglauben zum jauchenden Lebens- und Liebesgenuß drängen. Dies der ungefähre Sinn des Geschehens, wobei aber noch mancherlei höchst verworren und es im Ganzen absolut ungewiß bleibt, ob ein Zuhörer selbst zu dieser Deutung der blutlosen Symbolik vorzudringen vermag und zu solchen Ver suchen einer Verkörperung abstrakter Begriffe, die leblich dichterische Schemen sind, überhaupt in ein näheres menschliches Verhältnis treten kann.

Auch musikalisch knüpft Weismann an Wagner's Vorbild an. Aber wie dort schon die zwar ideal gedachte, jedoch undramatische, Schilderung von der Liebe, Lust und Leid den Tönen eine gewaltig konstruierte Symbolik unterlegt und auf weite Strecken zu offener Langweile führt, so ist auch hier eine Fülle zum Teil kostbarer und oft ganz und gar persönlicher Musik an die künstliche Allegorie des Wittelsbachers verbannt. Man freut sich gelegentlich am Klangzauber des solistisch aufgeteilten Orchesters, man beachtet koloristische Feinheiten, die dem Wechsel der Stimmung sich gut anpassen, man schätzt an den funfönsigen Zwischenstücken die feinfühlig sich verschmelzenden Übergänge ebenso wie an anderen Stellen die blühende Lyrik, die sich einem großen Naturrauschen prachtvoll einfügen würde. Trotzdem ist es Weismann nicht gelungen, die Mängel der unglückseligen Dichtung zu verdecken und die fehlende seelische Charakterentwicklung einigermaßen durch musikalisch zwingende Gestaltungskraft zu ersetzen. Nirgends wird aus der Thematik klar, was doch schließlich auch Zweck und Ziel der Partitur sein müßte: eine Aufhellung der mystischen Atmosphäre. Er begnügt sich mit kombinatorischer, variierender Einfonik, ist weder Musikdramatiker noch weniger Opernmusiker, dafür um so mehr sensibler Neoromantiker, dem das Szenische eben nur Anlaß zum Musizieren bietet. Aus diesem Mißverständnis ergibt sich jedoch ohne weiteres, daß Weismanns Musik eigentlich das Textbuch noch schwerer belastet und es als inipides

Der Wahlausruf der Deutschnationalen

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht jetzt ihren Wahlausruf, in dem es heißt: Ziel unseres politischen Kampfes ist Deutschlands Befreiung von äußerer und innerer Knechtschaft. Die gegen unsere Widerstand geschaffenen völkerrächtlichen Tatsachen haben die außenpolitische Handelsfreiheit des Reiches so eingeengt, daß dadurch auch unsere Mitarbeit in der Regierung schwer belastet war. Der Vorwurf, unsere Politik steuere neuen Kriegen zu, ist ein unerblicher Versuch, jede nationale Politik unmöglich zu machen. Der Friede, den wir wollen, muß ein Friede in einer befriedigten Welt sein, mit ehrlischer Verständigung, die das Lebensglück und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes zur Tatsache macht. Weiß wir wissen, daß Deutschland ohne den deutschen Osten nicht lebensfähig ist, verwerten wir jede Anerkennung der heutigen unmöglichen Grenzen. Wir lassen nicht von der Forderung der Vereinigung mit dem deutschen Volkstum in Österreich. Wir verlangen, daß die Wehrmacht unverehrt und schlagfertig erhalten bleibt und nicht in das Parteigetriebe hineingezogen wird. Die Reparationslasten müssen neu geregelt und begrenzt werden. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik muß fallen. Wir verlangen die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen, unserer Nahrungsfreiheit vom Ausland. Die Rettung der Landwirtschaft ist dringlichste Aufgabe. Eine durchgreifende Reform unserer Handels- und Wirtschaftspolitik muß diesem Ziele dienen. Aus christlicher Überzeugung fordern wir die gleichberechtigte Einordnung des Arbeiters in Staat und Wirtschaft. Christentum und Deutschtum sind die Wurzeln unserer Kraft. Wir lassen nicht von dem Stolz auf die lausendjährige deutsche Geschichte, die Größe des Kaiserreiches, die ruhmbedeckten schwarzwaldischen Farben und die Heldentaten der alten Wehrmacht. Der vom ganzen Volke gewählte Reichspräsident muß die Macht haben, ungehemmt durch die Vertrauens- und Mißtrauensvoten wechselnder Parteimeisterei für sachliche und stetige Regierungsarbeit zu sorgen. Das Gegenüberarbeiten von Reich und Preußen muß verhindert werden. Wir wollen eine freudig bejahete Einheit des Reiches und freie Entwicklung der Länder. Unter jeder Staatsform dienen wir der Nation. Unsere Partei umfaßt alle Stände und Berufe und widerlegt durch ihr Dasein die Lehre vom Klassenkampf.

In dem preußischen Wahlausruf der Deutschnationalen Volkspartei heißt es: Heute führt die Sozialdemokratie in Preußen ein einseitiges Parteiregiment. Neupreussische Kulturpolitik verdrängt christlichen Geist und nationalen Sinn aus der Schule. Dem Existenzkampf der Landwirtschaft trägt die preussische Regierung keine Rechnung. Wenn der Staat Friedrich des Großen in Zukunft wieder seine deutsche Mission erfüllen soll, dann muß jeder Preuze seine Stimme der einzigen Partei geben, die seit jeher in schärfster Kampfstellung gegen das rote Regiment in Preußen steht.

Verkehrshinderung durch Schneefälle

W.D. Danzig, 19. Apr. Durch Schneefälle ist eine große Verkehrshinderung im Eisenbahnverkehr Danzig-Warschau eingetreten. Das Schneegestöber war stellenweise so stark, daß eine Schneedecke von einem Meter an der preussischen Grenze gemeldet wurde. Teilweise wurde eine Windstärke von 11-12 gemeldet.

Erbeben auch in Sofia.

W.D. Sofia, 18. April. (Tel.) Ein Erbeben, das stärker als das am letzten Samstag war, ereignete sich heute abend 9,23 Uhr in Sofia. Die Bevölkerung verließ in panischem Schrecken die Häuser. Nach den ersten Mitteilungen befindet sich der Mittelteil des Bebens etwa 150 Kilometer südlich von Sofia. Philippopol scheint schwer geklitten zu haben. Infolge einer Beschädigung des Elektrizitätswerkes ist Philippopol in völlige Dunkelheit gehüllt.

Riesenbrand in Japan

W.D. Tokio, 18. April. (Tel.) Ein Riesenbrand vernichtete in Orosaki in Nordjapan mehr als 1000 Häuser, darunter Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und Banken. Der Brand wütete 7 Stunden und vernichtete Werte von über 1 Million Yen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

470 Chinesen ertrunken

Gewaltige Wassermassen, die aus stillgelegten Bergwerksanlagen hereinbrachen, überschwemmten einen Teil des berühmten Bergwerks von Fuhshung. Alle in diesem Abschnitt tätigen Bergarbeiter, an Zahl mindestens 470, sämtlich Chinesen, ertranken. Das Bergwerk gehört der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft und ist der größte Tagebaubetrieb der Welt.

Beispiel jenen neuromantischen Stimmungsdramen zugefellt, deren Schicksal längst durch die nachwagnerische Erlösungs-dramatik besiegelt ist.

Für die Aufführung des Werkes, der ersten Novität Weismanns übrigens am Badischen Landestheater, hatte man so ziemlich aufgegeben, was zu geben nötig war. Aus der technisch veralteten Bühne lassen sich allerdings so manche Effekte, wie man sie heute zur Unterstützung einer Märchenillusion verlangen darf, nicht ganz herausholen. Torten, sechs Dekorationsentwürfe befriedigten indessen in beträchtlichem Maße und fanden auch in den Anordnungen von Otto Krauß ein sinnvolles Gegengewicht, denn schon es ohne einige störende Regieunfälle nicht abging. Auf der Bühne standen Steffi Domes (Blanche) und Josef Mühe (Balthasar) im Vordergrund. Beide hatten für die gewiß nicht leichte Verbindung ihrer Rollen zwischen Tag und Nacht eine darstellerisch erträglichste Form gefunden. Stimmlisch konnten neben ihnen auch Adolf Vogel (der Sänger) sowie Käthe Burack und Emmy Seiberlich (von den Dancerrinnen) besetzen. Unter der verlorenen Komposition des Ganzen litten freilich mehr oder minder sämtliche Leistungen, nicht zuletzt sogar die Chöre, die nur mit amflossenen Pianoanfängen aktiv beteiligt sind, sonst aber passiv als schwarze Kadavere und weiße „Fräulein vom See“ in merkwürdiger Maskierung auftreten müssen. Rudolf Schwarz nahm sich des Sächlichen, d. h. des Musikalischen der Partitur mit fühlbarer Liebe an. Wo intensive Steigerungen fehlten und das elementar Musikantische zur naiven Paraphrase herabsank, konnte freilich auch seine Direktion keine blutvollere Formung geben. Mit der eigentümlichen Zwischenstellung Weismanns hing es wohl zusammen, daß die Gunst des großen Publikums sich seinem neuesten Werk fast ganz verweigerte. Desto eifriger war aber eine kleine und treue Gemeinde für ihn tätig. Das Haus blieb schließlich dem anwesenden Komponisten den gebührenden äußeren Erfolg nicht schuldig und rief ihn samt den Hauptdarstellern wiederholt an die Kampe.

Chorenpromotion von Stresemann und Schurmann. Im großen Saal des neuen Kollegienhauses in Heidelberg findet am 5. Mai, vormittags, die Chorenpromotion des Reichsministers Dr. Stresemann durch die staatswissenschaftliche Kommission und des Vizepräsidenten Schurmann durch die philosophische Fakultät statt. Vizepräsident Schurmann wird in einer Ansprache auf die Überreichung des Diploms erwidern. Reichsminister Dr. Stresemann wird einen Vortrag halten.

Badischer Teil

Zum Verbot des Roten Fronthämpferbundes

wird uns vom Ministerium des Innern geschrieben:
Gemäß § 14 in Verbindung mit § 7 Biff. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der Reichsminister des Innern die Landeszentralbehörden — das ist in Baden das Ministerium des Innern — aufgefordert, den „Rotfrontkämpferbund“ nebst seinen Sektionen „Rote Marine“ und seiner Jugendorganisation „Rote Jungfront“ mit sämtlichen Ortsgruppen zu verbieten und aufzulösen und das Vermögen dieser Vereinigungen zugunsten des Reichs zu beschlagnahmen und einzuziehen.
Der Badische Minister des Innern hat dieses Ansuchen zurückgewiesen und beim Staatsgerichtshof des Reichsgerichts Leipzig vorgetragen, daß in Baden Vorgänge von irgend welcher Bedeutung, die das Verbot stützen könnten, nicht vorliegen. Die Erfahrungen in der Nachkriegszeit mit allgemeinen Verböten haben gezeigt, daß da, wo die natürlichen Voraussetzungen für ein Verbot fehlen, die Behörden nicht in der Lage sind, solche Verbote durchzuführen und daß dann der Zweck des Verbotes ins Gegenteil umschlägt. Materiell läßt sich ein Verbot nur auf Vorkommnisse aus jüngster Zeit stützen. Sollte man auf Grund von Vorkommen, die einen allgemeinen Notstand hinsichtlich der staatlichen Ordnung nicht begründen, sondern lediglich Übergrieffe darstellen, immer zu allgemeinen Verböten schreiten, dann müßte auch gegen rechtsgerichtete Organisationen eingeschritten werden, wie aus den jüngsten Ergebnissen der Prozesse in Norddeutschland festzustellen ist. Anders wäre die Situation, wenn der oben genannte Bund durch Gewalttätigkeiten auch in Baden die Behörden zum Einschreiten provozierte.

Zahlung der Beamtenbezüge

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags hat in seiner Sitzung vom 18. April 1928 die Regierung ermächtigt, die Gehälter der Beamten auf Grund des vorliegenden Personalanhangs zum Haushaltsplan einstuftweilen vorläufig, ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit zur endgültigen Einstufung hiernach, auszusprechen.
Danach erhalten also diejenigen Beamten, welche bisher bei der Überleitung in die neue Besoldungsordnung lediglich in die Normalgruppe eingestuft waren, für die aber nach dem Personalanhang zum Staatsvoranschlag eine bessere Regelung möglich ist, mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1927 die höheren Bezüge. Man darf erwarten, daß die Beamten bis spätestens Ende d. M. im Besitz der entsprechenden Zahlung sind. Ein Rechtsanspruch auf endgültige Einreihung in die neue Besoldungsordnung nach Maßgabe dieser Zahlung entsteht jedoch durch diese vorläufige Zahlung noch nicht. Die endgültige Herabstufung des Personalanhangs durch den Badischen Landtag steht noch aus.

Es ist in Aussicht genommen, daß die Beamten nach allgemeiner Erledigung der endgültigen Einstufungen in einigen Wochen von der zahlenden Kasse eine Übersicht über die Nachzahlung und die neuen Bezüge erhalten sollen.

Die Bevölkerungsbewegung in Baden im Jahre 1927

Nach vorläufiger Feststellung des Statistischen Landesamts beträgt die Gesamtzahl der im Lande Baden im Jahre 1927 Geborenen (einschl. Totgeborenen) 46861. Gegenüber dem Vorjahre hat die Zahl der Geborenen um 1775 oder 3,8 Prozent abgenommen. Mit Ausnahme der Kriegsjahre 1915/1918 und des Nachkriegsjahres 1919 ist die Geburtenzahl des Jahres 1927 die niedrigste der letzten 70 Jahre. Lebend geboren wurden im Berichtsjahr 45 740 Kinder (d. s. 97,6 Prozent), tot geboren 1121 (d. s. 2,4 Prozent aller Geborenen).

Während die Zahl der Geborenen abgenommen hat, ist die Zahl der Sterbefälle im Jahre 1927 um 851 gestiegen. Im Berichtsjahr betrug die Zahl der Sterbefälle 28 400 gegenüber 28 049 im Jahre 1926. Erfreulicherweise ist die Säuglingssterblichkeit von 4195 auf 3823 zurückgegangen. Die Abnahme beträgt 572 oder 13,6 Prozent. Von 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr 7,9 Prozent gegenüber 8,9 Prozent im Jahre 1926 und 9,7 im Jahre 1925. Infolge des Geburtenrückganges und der Zunahme der Sterbefälle ist auch der Geburtenüberschuß wesentlich kleiner als im Vorjahre; er beläuft sich auf 17 340 gegen 19 347 im Jahre 1926; ist somit um 2007 niedriger.

Zugenommen hat auch die Zahl der Eheschließungen von 16 620 auf 18 672, also um 2052 oder 12,3 Prozent. Während im Vorjahre 7,1 Eheschließungen auf 1000 Einwohner kamen, ist im Berichtsjahr die Zahl auf 8 gestiegen.

Schulgeldderhöhungen an den Höheren Lehranstalten

Das Badische Unterrichtsministerium hat bestimmt: Der Jahresbetrag des Schulgeldes der Höheren Lehranstalten beträgt für sämtliche Klassen 150 M. Das Schulgeld ist in drei gleichen Teilbeträgen zu entrichten. Der Zuschlag, sowie das besondere Schulgeld, dürfen zusammen mit dem sonstigen Schulgeld den Betrag von 180 M jährlich nicht übersteigen. Das Schulgeld an den Höheren Lehranstalten betrug bisher jährlich 120 M; es tritt somit eine Erhöhung von 60 M ein. Wie uns von unterrichtlicher Seite mitgeteilt wird, kommt diese Schulgeldderhöhung zunächst nur an den Gymnasien zur Auswirkung. Über eine Erhöhung des Schulgeldes an den Realanstalten werden die Städte zu entscheiden haben.

Der Kommunist Kenzler in Mannheim verhaftet

ld. Mannheim, 19. April. Das kommunistische Mitglied des letzten Reichstags, Georg Kenzler, wurde auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters in Mannheim wegen durch die Presse begangenen Vergehens gegen das Republikanengesetz und Verleumdung verhaftet.

Hauptversammlung des Badischen Grundbesitzerverbandes

Im Saale des Künstlerhauses zu Karlsruhe fand am Mittwoch die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Grundbesitzerverbandes e. V. statt, die aus dem ganzen Lande sehr gut besucht war. Als Vertreter des Ministeriums des Innern wohnte Oberregierungsrat Dr. Cronberger, für das Justizministerium Ministerialrat Dr. Weipert, für das Landesfinanzamt Amtsdirektor Dr. Müller den Verhandlungen bei. Ferner waren die Landwirtschaftskammer durch Direktor von Engelberg, der Reichsgrundbesitzerverband durch Geheimrat von Sahlburg und eine Reihe von verwandten und befreundeten Verbänden, so aus Bayern, Württemberg und Hessen-Nassau, vertreten.

Vorsitzender Dr. Graf Douglas eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten und wies darauf hin, daß in dem Abwehrkampf gegen die schwere Notlage der Landwirtschaft alle landwirtschaftlichen Organisationen einig seien. Die Eingaben des Verbandes haben bei Regierung und Parlament erfreuliche Beachtung und Berücksichtigung gefunden. Immer wieder müsse betont werden, daß eine gesunde Landwirtschaft die Grundlage des Volkes und einer gesunden Finanzwirtschaft bildet. Zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes Herrn von Gemmingen, dessen Dr. Graf Douglas zum Schluss gedachte, erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung mit einer Ausnahme wiedergewählt. Für den zurückgetretenen Herrn Albrecht von Stöckingen tritt Herr von Hornstein in den Vorstand ein. Erster Vorsitzender ist auf neue Dr. Graf Douglas, stellvertretender Vorsitzender Oberbürgermeister Lehmann, Billingen.

Darauf erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied Herr Rühl von Colkenberg den Tätigkeitsbericht. Bei der Landwirtschaft habe es sich gezeigt, daß Not erzieherisch wirkt. Durch die beiden Schicksalsfragen — Erhaltung des Besitzes und Wiedererlangung der Rentabilität — habe sich ein festes Band um die Landwirtschaft geschlossen. Der Redner stellte ein erprießliches Wirken der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft fest und ging dann auf eine Reihe Einzelfragen ein. Er erwähnte, daß man besonders in Süddeutschland besorgt sei, daß die Erleichterungen, die bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erstrebt würden, auf Kosten der Waldproduzenten gehen könnten. Die Arbeitslosenversicherung bedürfe dringend der Änderung. Im Vordergrund stehe nach wie vor der Kampf gegen die steuerliche Überlastung. Die Bindung der Länder an die zu begründende Einheitsbewertung sei leider um ein weiteres Jahr hinausgeschoben worden. Gleichwohl sei zu hoffen, daß Baden mit Erleichterungen für die Landessteuern vorangehe. Der Berichterstatter gab zum Schluß dem Wunsch Ausdruck, daß die fruchtbringende Zusammenarbeit mit dem Pächterverbande auch künftig beiden Teilen zum Segen gereichen möge. Geheimrat von Sahlburg vom Reichsgrundbesitzerverband machte einige programmatische Ausführungen. Der Landwirt müsse wissen, daß ihm Grund und Boden als Eigentum gesichert sind, und daß er wiedererhält, was er an Kraft und Arbeit in den Boden hineingesteckt hat. Das Ziel, Höchstträge herauszuwirtschaften, sei nur auf dem Wege der völlig freien Wirtschaft möglich. Die Aussprache über beide Referate war nur kurz.

Mit der Erledigung desassenberichts fand die Hauptversammlung ihr Ende.

Viktor von Scheffel-Stiftung

Aus der Max-Ritter-von-Scheffel-Stiftung ist ein Reise- und Studienpensum im Betrage von 500 M an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Bewerbungen sind unter Anschlag der erforderlichen Nachweise (Studien-, Lebens-, Geburts- und Vermögenszeugnis, Staatsangehörigkeitsausweis) binnen 4 Wochen beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Der Rheingold-Expreß

passierte am Dienstag die badischen Stationen von Weinheim bis Mühlheim. Vor seiner Inbetriebnahme hatte der Rheingold-Expreß eine Probefahrt von Belken an der deutsch-holländischen Grenze bis Basel absolviert. Bequemlichkeit und Geschwindigkeit sind neben der Schnelligkeit wohl die augenfälligsten Vorzüge des Luxuszuges. Die Wagen sind von glänzend violetter Farbe und führen nur erste und zweite Klasse. In ihnen gibt es keine Abteile mehr, sondern nur teppichbelegte Solositzplätze. Vorangefallen ist das vielumkämpfte Klappbare Tischbrett des gewöhnlichen D-Wagens. Breite Mahagonitische, auf denen diskret leuchtende Tischlampen stehen, sind an ihre Stelle getreten. Gepolsterte Klappstühle gibt es in der zweiten Klasse, während in der ersten bereits kunstvoll gearbeitete Stühle um die Tische gruppiert sind. Das Gepäck steht nicht mehr hindernd im Wege, denn jeder Wagen führt einen eigenen Gepäckraum mit sich. Mahlzeiten brauchen nicht mehr im Speisewagen eingenommen zu werden, sie werden dem Reisenden zu jeder Zeit an seinem Sitzplatz serviert. Je zwei Wagen haben eine Küche. Helle elegante Toilettenräume fehlen nicht; ein rollendes Hotel, das alle Wünsche befriedigt und alle Bequemlichkeiten bietet.

Gemeinde-Rundschau

Die Voranlassberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß
Die Mittwochsitzung des Bürgerausschusses Karlsruhe für 1928 und behandelte zunächst den Etat des städtischen Gaswerkes, das eine hundertprozentige Produktionssteigerung aufweist. Die Redezeit wurde auf zehn Minuten für jeden Redner beschränkt. Verschiedene Redner sprachen über die Straßenbahn, deren Instandhaltung als mustergültig anerkannt wurde, während der Ausbau der Verkehrslinien dringend gefordert wurde. Ferner wurde über den Etat des Schlachthofes beraten, der einiger Verbesserungen bedarf; über den Etat für den Stadtpark, der ein reiner Zuschahbetrieb ist und für die Festhalle, über den Etat des Konzerthauses, der Badeanstalten, des Rheinhafens ufo. Eine Reihe Titel des Voranlassberichts wurden aufgerufen, ohne daß Wortmeldungen erfolgten. Beim Etat des Straßensanwes wurde die Debatte dann wieder lebhafter. Zum Schluß der Sitzung wurden noch die Titel Feuerlöschwesen, Wohlfahrtspflege ufo. erledigt.

Der Konstanzer Gemeindevoranschlag. Nach dem Gemeindevoranschlag 1928 betragen die Gemeindefinnahmen 5 549 150 M, denen 6 524 420 M Ausgaben gegenüberstehen, so daß durch Umlage 975 270 M zu decken sind. Von dieser Umlage hat der Haus- und Grundbesitz 720 000 M, das Betriebsvermögen 23 600 M und der Gewerbeertrag 201 570 M beizubringen. Die Höhe der Umlage befreit sich beim Grund- und Hausbesitz auf 1 M, beim Betriebsvermögen auf 40 Pf und beim Gewerbeertrag auf 7,20 M.

Die Eröffnung und Einweihung der neuen Gewerbe- und Handelsschule in Rehl soll am Samstag, den 12. Mai d. J., stattfinden.

Aus der Landeshauptstadt

Erbeben. Die Seismographen der Erdbebenwarte der Technischen Hochschule registrierten gestern abend gegen 10 Uhr wiederum ein sehr heftiges Erdbeben, dessen Herz nahezu in derselben Entfernung liegt, wie das Beben vom 14. April (Bulgarien). Die Aufzeichnungen waren von solcher Stärke, daß wiederum die Registrierapparaturen der Seismographen beschädigt wurden.

Karlsruhe im Sommerfahrplan der Dampfschiffahrt. Nach Fertigstellung des Landesgesetzes für Personenverkehr im Karlsruher Rheinhafen, wird Karlsruhe endgültig an den Personenverkehr der Rheinschiffahrt angeschlossen werden. Der Sommerfahrplan der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt, gültig ab 24. Mai d. J., hat Karlsruhe schon in ihre Routen mit einbezogen, und so darf erwartet werden, daß der offizielle Verkehr baldigst geregelt und die badische Landeshauptstadt als Ausgangspunkt oder Endziel der so beliebten Rheinfahrten in diesem Sommer recht ausgiebig benutzt wird. Sonderfahrten vermittelt jederzeit der hiesige Verkehrsverein.

Wiedererleben der Großen Karnevalsgesellschaft Karlsruhe. Den Bemühungen des Karlsruher Verkehrsvereins ist es gelungen, durch Wiedergründung der Großen Karnevalsgesellschaft das karnevalistische Leben in Karlsruhe durch Umzüge und Fremdenfeste zu ordnen. In einer Besprechung mit Vertretern verschiedener einschlägiger Vereine und Körperschaften wurde einstimmig die Wiedergründung einer neuen Großen Karnevalsgesellschaft beschlossen.

Kunst um die Ausstellungshalle. Für den „Jahrmarkt für Jung und Alt“ hat man auch die Werbung auf einen Umkreis von circa 50 Kilometer ausgedehnt. Durch etwa 2000 Plakate wird die Bevölkerung hier und außerhalb auf die Veranstaltung hingewiesen. Die den Karlsruhern vom letzten Jahre bekannten Persönlichkeiten, der große und der kleine Brigant, schmücken wiederum das Werbeplakat; allerdings ist es nach der holden weiblichen Seite hin ergänzt worden. Im vergangenen Jahre würde die Sympathie für den Jahrmarkt, bei der kleinen Welt, die noch die Schule besucht, durch Verteilung von Stundenplänen in den Schulen erobert. Neuerdings ist derselbe Weg beschritten worden. Mit 20 000 Stundenplänen macht sich die Festleitung bei der Jugend beliebt. Das genaue Programm der Veranstaltungen wird diesmal in einem kleinen Festschen erscheinen, das durch sein lebhaftes Motiv eines Waldbaumes, der mit Blumen und Bändern geziert ist, freudigen Beifall finden wird.

Variété im Colosseum Karlsruhe. Zwar gehören im Programm, das die zweite Aprilhälfte der „Colosseum“-Veranstaltungen füllt, nicht sämtliche Nummern dem Variété, die Jongleure herrschen aber in der Mehrzahl und mit den weit aus besten Darbietungen. Eine Glanznummer für sich ist „Piletto“, zweifellos ein fast ebenso bedeutendes Wunder der virtuosen Kunst wie Haffel, wenn er auch vorläufig dessen berühmten Namen noch nicht besitzt. Zur höheren Akrobatik zählen weiterhin die „Sechs Douglas“ mit ihren sensationellen Vorführungen am Schleuderbrett, nicht minder imponieren Kellaw und Karls durch den Triumph über die eigene Körperkraft, den sie in ihrem Eigentum darstellen. Nicht ganz gleichwertig, doch immer noch erlauchlich gut sind zwei Künstler, die unter der wohlklingenden Devise „The Sioux Dakotas“ indianisch auftreten. Auch Margarete Leube und ihr Partner auf dem Rad können sich sehen lassen, des Ansehens wert sind ebenfalls die Musical Grimms, vor allem wenn sie dem Trompeter von Södingen ernsthaft Konkurrenz machen. Mit Witz und Humor unterhält dazwischen Carl Benharb, ein urwüchsiger Münchner, dem das Publikum sogar einige Zweifelsfragen laudend zubilligt. In diesem Ensemble kommt eigentlich nur der Tanz ein bißchen zu kurz; denn was das Joe Gogbes Miller-Ballett im Rahmen seiner Ausstattungsrevue „Aphymus der Welt“ zeigt, übersteigt kaum den hierorts gewohnten Durchschnitt. Das soll indessen nicht hindern, die Variété-Schau als Ganzes gebührend zu loben und deren besondere Liebhaber nachdrücklich darauf hinzuweisen.

Körperverletzung mit Todesfolge. Im Verlaufe von Streikaktionen wurde der 34jährige Händler Otto Zubrod Dienstag abend in der Waldhornstraße durch mehrere Messerstiche schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo er eine Stunde später verstarb. Die Täter, ein 25-jähriger Schreiner und ein 20jähriger Krift von hier, wurden verhaftet.

Tödlicher Ausgang eines Verkehrsunfalls. Der 55jährige verheiratete Schreiner Albert Schorpp aus Bümlsheim, der am Montag auf der Landstraße Karlsruhe-Durlach von einem hiesigen Auto angefahren wurde, ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, an den Folgen seiner Verletzung gestorben.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Über der Nordsee hat sich ein neuer Tiefdruckwirbel entwickelt, der in südöstlicher Richtung weiterzieht. Es stehen daher neue Niederschläge in Aussicht. Wetterausblick für Freitag: Unbeständig, zeitweise Regenschauer bei böigen West- bis Nordwestwinden, Temperatur unverändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Heidelberg, 18. April. Auf Anregung des Dossenheimer Verkehrsvereins und anderer interessierter Körperschaften werden in kurzem auf der Strecke Heidelberg-Schriesheim der Oberheimischen Eisenbahn-Gesellschaft verkehrswise elektrische Triebwagen verkehren. Geplant ist zunächst ein 15-Minuten-Verkehr mit Dossenheim u. ein 30-Minuten-Verkehr mit Schriesheim. Ohne Zweifel wird sich die elektrische Verbindung auch auf dieser besonders in den Sommermonaten sehr verkehrreichen Strecke bewähren, so daß nämlich die altbewährte Dammbahn ganz verdrängt werden wird.

D. Bruchsal, 19. April. Die Stadtverwaltung hat ihrem in New York wohnenden Ehrenbürger John Bopp, der sich mit seinen Wohltaten für seine Vaterstadt sehr verdient gemacht hat, zu seinem 70. Geburtstag am 15. April ein herzliches Glückwunschschreiben zugehen lassen. John Bopp hat ein Danktelegramm an Stadt, Fürsorgeamt, Lieberkranz und Badische Heimat geschickt.

ld. Baden-Baden, 18. April. Karl von Lewinski, der deutsche Generalkonsul in New York, der sich bekanntlich um das Zustandekommen des Rückgabegesetzes größte Verdienste erworben hat, ist in Baden-Baden eingetroffen.

D. Schopfheim, 17. April. Zur Erinnerung an die vor 80 Jahren (27. April 1848) bei Dossenbach gefallenen Freiheitskämpfer, wird am nächsten Sonntag eine Erinnerungsfest stattfinden. Bekanntlich kam es bei Dossenbach zwischen württembergischen Truppen und den Freiheitskämpfern unter Führung Herweggs zu einem Kampf, in dem die Freiheitskämpfer 10 Mann verloren, deren Gebeine im Frühjahr 1870 auf dem Friedhof in Dossenbach, dem heutigen Freiheitsgrab, gemeinsam beigesetzt wurden. Die Gedächtnisrede wird Hauptlehrer Biser aus Hüllstein halten, und dürfte der zweite Vorsitzende des Reichsamers, Reinbold aus Mannheim, sprechen.

ld. Friedrichsfeld bei Mannheim, 18. April. Heute früh wurden auf dem Gleise der Reichsbahnstrecke Mannheim-Heidelberg in der Nähe des Bahnhofes Friedrichsfeld-Süd die furchtbar verstümmelten Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden. Es dürfte sich um ein junges Liebespaar handeln, das sich vom Zuge hatte überfahren lassen. Nach den Kleidern zu schließen, stammen beide aus einfachen Verhältnissen.

B. Freiburg i. Br., 17. April. Am 15. d. M. konnte hier der ehemalige Verlagsbuchhändler Julius Volke in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag feiern. Es war lange Jahre hindurch in Gebweiler im Elsaß ansässig, und die ersten Kreisarten Elsaß-Lothringens gingen aus seinem Verlage hervor, denen im Laufe der Jahre eine stattliche Reihe wissenschaftlicher Werke folgte. Die französische Regierung wies ihn nach dem Waffenstillstand aus. Seitdem lebte er in Freiburg.

B. Ludwigshafen, 18. April. Der bis vor kurzem in der F. G. Farbenindustrie beschäftigte ledige Elektriker Franz Wiotz aus Bensheim, wohnhaft hier, schlich sich heute in die Fabrik ein und verlegte durch Revolvererschüsse 4 Werkangehörige, und zwar die Meister Wilhelm Schneider, Georg Heiß, den Rechner Kasper und den Meister Friedrich Blatt. Die Genannten, bei denen die Verletzungen der ersten drei schwerer Natur sind, wurden in das Krankenhaus gebracht. Der 41 Jahre alte Kasper ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Heiß und Schneider schweben in Lebensgefahr. Wiotz stellte sich auf der nächsten Polizeistation unter Abgabe zweier zum Teil noch geladener Pistolen. Der Täter war seit 1922 bei der F. G. Farbenindustrie beschäftigt und am 12. d. M. wegen Mißhandlung eines Meisters, dem er mit einer Eisenklinge einen Arm entzweigeschlagen hatte, entlassen worden. Er gab bei seiner Vernehmung zu, daß er sich an den Meistern rächen wollte.

B. Stuttgart, 19. April. Am Freitag beginnen vor dem Stuttgarter Schwurgericht drei Prozesse gegen die Redakteure der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ Max Hammer, Richard Jannus und Otto Lämmle, die angeklagt sind, sich gegen den Gotteslästerungsparagraphen des Strafgesetzbuches vergangen zu haben. Die Anklage stützt sich auf Veröffentlichungen der genannten Zeitung, wobei im Zusammenhang mit einer Kritik der kulturpolitischen Verhältnisse in Deutschland die Kirche und ihre Einrichtungen als „Institutionen zur Verbannung der Massen“ bezeichnet wurden. Die Staatsanwaltschaft sah

darin eine Beschimpfung der Kirche und erhob Anklage aufgrund des § 166 des Strafgesetzbuches.

Bandel und Wirtschaft Berliner Lebensnotierungen

	19. April		18. April	
	Geld	Wirk	Geld	Wirk
Amsterdam 100 G.	168.55	168.89	168.62	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	112.00	112.30	112.11	112.33
London 100 £.	22.055	22.095	22.07	22.11
Paris 100 Fr.	20.401	20.441	20.406	20.446
New York 1 D.	4.178	4.186	4.1785	4.1865
Schweden 100 Kr.	16.45	16.49	16.45	16.49
Schweiz 100 Fr.	80.56	80.72	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.785	59.05	58.785	58.905
Prag 100 Kr.	12.379	12.319	12.381	12.404

Zahlungsschwierigkeiten der Mannheimer Gewerbebank e. G. m. b. H. Die Mannheimer Gewerbebank e. G. m. b. H. in Mannheim hat, wie gemeldet wird, am Mittwoch ihre Zahlungen eingestellt. Der unmittelbare Anlaß zu den Schwierigkeiten bei diesem Unternehmen liegt in der Gefährdung eines an die Mannheimer Beamtenbank gegebenen Kredits in Höhe von 350 000 M. Der Kreditnehmer, ein industrielles Werk, hat die fälligen Mittel an die Mannheimer Beamtenbank nicht zurückzahlen können. Wie der W.D.-Handelsdienst hierzu weiter erfährt, wird augenblicklich der Status der Mannheimer Gewerbebank geprüft und die Wege beraten, die zur Klärung der vorliegenden Zahlungsmittel beschritten werden sollen. Die um Hilfe angegangenen Großbanken, vor allem die Rheinische Kreditbank und die Süddeutsche Diskontogesellschaft sind noch mit der Prüfung der Kreditwürdigkeit des Instituts beschäftigt. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß die Badische Beamtenbank Karlsruhe mit dem Unternehmen der Mannheimer Beamtenbank in keinerlei Zusammenhang steht. — Wie die „Neue Bad. Landes-Ztg.“ meldet, ist das Vorstandsmitglied der Mannheimer Gewerbebank, Röttiger, und einer seiner Freunde in Haft genommen worden. Röttiger wird beschuldigt, Kredite ohne Wissen der Verwaltungsgänge gegeben, falsche Buchungen vorgenommen und eine falsche Bilanz aufgestellt zu haben. Die auf den 30. April 1928 einberufene Generalversammlung soll über die Fortführung der Gewerbebank Beschluß fassen. Die Gläubiger-Versammlung ist auf den 25. April 1928 einberufen worden.

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators durch den Internationalen Club in Baden
Dem Internationalen Club in Baden ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei den am 24., 26., 28. und 31. August, sowie am 2. September 1928 in Iffezheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.
Karlsruhe, den 13. April 1928.
Der Minister des Innern
Kemmler

Neue Stationsbezeichnungen
Wie die Reichsbahndirektion Karlsruhe mitteilt, treten ab 15. Mai 1928 folgende Änderungen in den Stationsbezeichnungen ein:
Baden-Dos erhält die Bezeichnung Baden-Baden-West, Singheim b. Dos erhält die Bezeichnung Singheim b. Wühl, Billingen (Baden) erhält die Bezeichnung Billingen (Schwarzw.).

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Gendarmeriekommissar Ludwig Nahrung in Achern.
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts
Planmäßig angestellt:
Fachlehrerin Luise Schill an der Gewerbeschule in Konstanz.
Von seinen Amtspflichten entbunden:
Der ordentliche Professor der pathologischen Anatomie, Dr. Paul Ernst, an der Universität Heidelberg, der ordentliche Professor der Geographie an der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Dr. Alfred Götner, der ordentliche Professor der Theologie an der Universität Heidelberg, Geh. Kirchenrat Dr. Hans von Schubert, der ordentliche Professor der Philosophie an der Universität Freiburg, Dr. Edmund Hüfner.
Ausgeschieden gemäß Art. 14 R.P.V.:
Die Hauptlehrerin Frau Elisabeth Junk an der Volksschule in Berghausen.

Frau Dr. Gertrud Bäumer
spricht am Freitag im Künstlerhaus!

Haben Sie schon ihre neuesten Werke gelesen?

Grundlagen demokratischer Politik. Von Dr. G. Bäumer. Brosch. 3 RM., Halbl. 3,50 RM.

Die Schrift bewegt sich durchweg nicht in den Bahnen von Theorie und staatsrechtlicher Dogmatik, sondern entwickelt die Demokratie aus den Tatsachen des seelischen, wirtschaftlichen und nationalpolitischen Lebens des Volkes. Sie gibt nicht eine doktrinaire „Theorie der Demokratie“, sondern eine Wesensbeschreibung des Volksstaates.

Deutsche Schulpolitik. Von Dr. G. Bäumer. IV, 222 Seiten. Kart. 6 RM., Halbl. 7 RM.

In der großen pädagogischen Literatur der letzten Jahre gibt es noch keine zusammenfassende Darstellung der schulpolitischen Probleme des deutschen Bildungswesens. So ist dieses Buch der langerwartete Führer in der kulturpolitischen Diskussion. Er bringt die gesetzlichen Grundlagen, die tatsächliche Gestaltung und alle offenen Fragen des deutschen Bildungswesens.

Beachten Sie auch unser Schaufenster
Karl-Friedrich-Str. 18

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Gemeinde-Sparkasse Altenheim
(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1926. M. 970

Activa.	RM.	Passiva.	RM.
1. Kassenbestand	4719,89	1. Sparcinlagen	113 421,33
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassamt	7780,27	2. Girocinlagen	21 790,60
3. Guthaben bei Privaten	10 009,49	3. Anlehensschulden	75 165,10
4. Beschäftigtenbestand	15 000,—	4. Sonstige Kapitalkschulden	1 368,85
5. Darlehen auf Hypotheken	55 360,—	5. Rücklagen	5 483,12
6. Darlehen auf Schuldschein	119 542,80	6. Ausgaberrückstände	386,78
7. Einnahmerückstände	8 922,23	7. Reingewinn	3 718,90
	221 334,68		221 334,68

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 135 211,93 RM Einlagen = 6760,55 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = 9202,02 RM
Somit Überschuß = 2 441,47 RM

Der Verwaltungsrat:
Roth, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Ratz.

Lastkraftwagen

3 t Daimler 35 PS wird in der Polizei-Unterkunft, Moltkestr. 12, gegen Restgebot verkauft. Kreisangebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Lastkraftwagen“ bis **Montag, den 23. d. M.**, auf der Polizeikasse Karlsruhe, Moltkestraße 12, abzugeben. M. 969

Polizeidirektion Karlsruhe.

Vertr. Anmeldung zum Handelsregister gemäß § 214 H.G.B.
Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft besteht aus folgenden Mitgliedern:
1. Georg Keibel, Verbandspräsident, Karlsruhe.
2. Theodor Schittenhelm, Landesökonomierat, Augustenberg b. Durlach.
3. Berthold Wehmer, Geschäftsführer, Karlsruhe.
4. Bitus Baumer, Milchhändler, Karlsruhe.
5. Adolf Wiestle, Milchhändler, Karlsruhe.
6. Georg Krauth, Milchhändler, Karlsruhe.
Karlsruhe, den 18. April 1928. 498

Milchzentrale Karlsruhe G. m. b. H.

45. Münchener Pferdelotterie.
Auf die im badischen Staatsgebiet zugelassenen und abgelehnten Lose sind nach der am 16. April 1928 vorgenommenen amtlichen Ziehung folgende Treffer gefallen:
Los Nr. 102381 gewinnt einen **Einspanner** i. B. von 3000 M., Los Nr. 37820 gewinnt 100 M., Los Nr. 73577 gewinnt 20 M.
Die Lose Nr. 37906, 48251, 48979, 70136, 70310, 102609, 124450, 124766 gewinnen je 10 M.
Folgende 23 Endnummern gewinnen in sämtlichen Laufendern je 3 M bar: 030, 037, 065, 124, 172, 241, 265, 389, 403, 458, 539, 573, 589, 608, 727, 750, 752, 797, 804, 918, 944, 946, 996.
Ferner gewinnen 3 M: Los Nr. 70297, 73667.

M. 959. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Alfred Dreier, Fahrrad- und Kraftfahrzeug-Zubehörteile, Großvertrieb in Offenburg, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Offenburg, den 14. April 28. Die Geschäftsstelle des Amtsgerichts 11.

Die Firma Fröh Kraft G. m. b. H. in Karlsruhe hat ihre Firma geändert; sie heißt nunmehr Grundhütten-Gesellschaft Durlacher M. 89 m. b. H. in Karlsruhe. Sie hat zugleich ihre Auflösung beschlossen.
Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden. Durlach, den 12. April 1928. M. 958
Alois Stein.

Ausschreiben
Für den Hauptbau der medizinischen Klinik haben wir auf Grund des Finanzministeriums-Erlasses vom 20. Januar 1928 die sanitären Anlagen öffentlich zu vergeben. Die Angebotsvordrucke nebst Richtlinien, für welche 3.— RM als Selbstkosten zu erstatten sind, können vom 21. d. M. ab im Baubüro Hugstetterstraße 70, wofolbst auch die Zeichnungen aufliegen, entgegen genommen werden. Ver-

band nach auswärts findet nicht statt.
Die Angebote sind verschlossen u. mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Montag, den 7. Mai d. J.** beim Bezirksbauamt Freiburg i. Br., Lessingstraße 13 einzureichen. Die Eröffnung, zu welcher auch die Bewerber Zutritt haben, findet am gleichen Tage vorm. 10^{1/2} Uhr statt.
Zuschlagsfrist 6 Wochen. Badisches Bezirksbauamt.

Pflasterarbeiten
Das Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe vergibt in öffentlichem Wettbewerb die Herstellung von etwa 4000 qm Gehpflaster für die Pflasterung der Landstraße Nr. 1 in Durlach. M. 961
Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer, Stefaniensstraße 51 II. St. auf, wofolbst auch Angebotsvordrucke abgegeben werden.
Die Angebote sind mit der Aufschrift „Pflasterung Durlach“ bis **27. April 1928, vormittags 10 Uhr**, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. M. 962
Karlsruhe, den 16. April 1928

Sinsheim. M. 956
Güterrechtsregister-Band I Seite 310: Moser, Jakob, Johann

Billige
Sonntagskarten
zum Besuch der
Frankfurter Messe
22.-25. April.

Gültig ab Samstag mittag 12 Uhr -
Rückreise muß Montag früh 9 Uhr angetreten sein.

Messeausweise zum Vorverkaufspreise bei: 493
E. P. Nieke, Karlsruhe, Kaiserstraße 215, Telefon 767

Badisches Landestheater
Freitag 20. April 1928
*F 25 (Freitagmiete).
Th.-Gem. 901—1000 und 1101—1200

Seitenprünge
von Kurt Götz
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden
Die Laube in der Hand
Balthasar Dahlen
Abolar Leitgeb
Alice Bertram
Beatrice Quaiser

Der Hund im Hira
b. d. Tend
Frau Professor Rietens
Tittori Brand
Johann Präter

COLOSSEUM
Ab 16.—30. April
Sensations-Gastspiel
Piretto
Rastelli II
der unerreichte deutsche
Molterjongleur
mit dem internat.
Variété-Programm